

UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLF HAMBURGS VERPFLICHTET

Senat ohne
Kompass
**Islam-
politik**
Seite 2



Irrweg
Inklusion
**Bildungs-
verfall**
Seite 3



Linksextreme
G20-Gewalt
**Politische
Feigheit**
Seite 4



Liebe
Hamburger!



Die Hamburger AfD-Fraktion vertritt eine bürgerlich-konservative Politik.

Sie ist in einigen Bereichen die einzige ernstzunehmende Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft - unabhängig davon, ob der Erste Bürgermeister Scholz heißt oder anders.

Wir sind die einzige Alternative, wenn es um so wesentliche Fragen wie unregelmäßige Masseneinwanderung, Bildungsverfall oder Räumung der Roten Flora geht.

Die AfD-Fraktion setzt sich für eine bürgernahe Politik ein. Wir stehen für gesunden Menschenverstand statt Ideologie. Wir nehmen den Willen der vielen Wähler und Nichtwähler ernst, die sich von den Altparteien nicht mehr vertreten fühlen.

In vielen Medien wird ein verzerrtes Bild über uns und unsere politische Arbeit verbreitet. Lassen Sie sich nicht von Vorurteilen abschrecken. Lesen Sie unsere Fraktionszeitung und bilden Sie sich Ihre eigene Meinung!

Ihr

Dr. Alexander Wolf
Fraktionsvorsitzender

Hamburg verändert sich dramatisch!



Beispiel Neubauten am Hörghensweg: Millionen für Migranten

Hamburg wird zugebaut. Da wird geplant, gebaut und nachverdichtet „auf Teufel komm raus“ – je mehr, je höher, desto besser. Für dieses Wachstum zahlen die Hamburger einen hohen Preis. Grünflächen gehen verloren, mehrfach wurden dafür sogar Landschaftsschutzgebiete geopfert.

Über 50.000 „Flüchtlinge“ kamen seit Mitte 2015 nach Hamburg. Das ist ungefähr die Größe des Stadtteils Wilhelmsburg oder Winterhude. Der Senat rechnet für 2018 mit 5100 Neuankömmlingen. Zum Vergleich: Auf der Veddel leben derzeit etwa 4600 Menschen.

Die Altparteien sind einer Meinung: „Nun sind sie halt da“ (Merkel), oder: „Wenn mehr kommen, dann kommen halt mehr“ (Schulz). Dazu kommt: Alle sollen integriert werden, ungeachtet ihrer Bleibeperspektive und mit immensen Kosten: Allein im Jahr 2016 beliefen sich die Gesamtkosten für die „Geflüchteten“ in Hamburg auf knapp eine Milliarde Euro.

Trotz massiver Förderung tun sich die Fremden sehr schwer. Beispiel Arbeitsmarkt: Mil-

lionenschwere Integrationsprogramme bringen nicht viel, da die kulturellen Unterschiede zu groß und die Vorbildung zu gering sind.

Beispiel Wohnungsmarkt: Zehntausende „Flüchtlinge“ drängen zusätzlich auf den Wohnungsmarkt. Der rot-grüne Senat baut ganze Flüchtlingsviertel neu, die sich zu Ghettos entwickeln werden, teilweise mit einem Standard, von dem die meisten Hamburger nur träumen können: Fahrstuhl, Balkone, Fußbodenheizung, Einbauküchen.

Erschreckend ist auch die importierte Kriminalität: Fast jeder zweite Tatverdächtige hatte 2017 keinen deutschen Pass.

Die Hamburger wurden dazu nie befragt. Der rot-grüne Senat verkauft seine Politik als alternativlos. Es gibt aber auch hier Alternativen – und die AfD-Fraktion zeigt sie auf: Rückführung der Wirtschaftsmigranten und der Kriegsflüchtlinge, deren Fluchtgrund entfallen ist. Integration für die, die tatsächlich politisch verfolgt sind und ein dauerhaftes Bleiberecht haben – und das sind die Wenigsten.

Islampolitik ist gescheitert



Die Blaue Moschee an der Schönen Aussicht ist im Visier des Verfassungsschutzes

Die Islampolitik des Senats ist gescheitert. Fünf Jahre sind vergangen, seit die islamischen Verbände im November 2012 durch einen Staatsvertrag zu Partnern der Hamburger Politik wurden. Bis heute glauben Abgeordnete und Senatoren an das Mantra, die Integration von Muslimen sei eine Erfolgsgeschichte, ihr Beitrag für die Gesellschaft eine Bereicherung.

Mit dem Vertrag verfolgt der Senat zwei Ziele. Einerseits sollen Moscheeverbände zur Solidarität mit der Mehrheitsgesellschaft verpflichtet werden; andererseits will man den schlechten Ruf des Islam aufbessern. Gut integrierte Muslime, deren Gemeinden einen festen Platz in der Gesellschaft haben würden, könnten der durch Anschläge verunsicherten Bevölkerung am besten suggerieren, dass Terror und Gewalt dem Islam fremd sind.

Die Realität sieht allerdings anders aus: Die politische Integration islamischer Religionsgemeinschaften, die durch den Staatsvertrag erstmals verbindliche Form gewann, führte zwar zu einer Aufwertung ihrer Stellung gegenüber dem Staat, die erhoffte Annäherung der Muslime an die nichtislamische Mehrheitsgesellschaft fand jedoch nicht statt. Stattdessen ist eine gegenläufige Entwicklung eingetreten, die bereits weit vorangeschritten ist, weil der Senat das Ahnden von Fehlverhalten kategorisch ablehnt. So etwa im Falle des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), dessen inhaltliche Positionen die Bundesregierung als unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bezeichnet, und das seit Jahren vom

Verfassungsschutz beobachtet wird. Für seine erneute Teilnahme am antisemitischen Al-Quds-Tag in Berlin, auf dem alljährlich für die Befreiung Palästinas demonstriert wird, erfuhr das IZH keine Konsequenzen. Einen entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 21/10476) lehnte die Bürgerschaft im Oktober 2017 einhellig ab.

Auch DITIB, das von der türkischen Religionsbehörde DIYANET kontrolliert wird und in Deutschland über 900 Moscheen unterhält, braucht keine Sanktionen zu befürchten. Und das, obwohl sie nachweislich Spionage betreibt, durch islamistische Hetze auffiel und dessen Anhänger unlängst den Einmarsch türkischer Streitkräfte in Syrien sowie den islamischen Märtyrertod glorifizierten. Ein AfD-Antrag von Dezember 2017, der die Forderung einer Satzungsänderung enthielt, um sich glaubhaft von Ankara zu lösen, wurde abgewiesen.

Während der Senat weiter von der Integration muslimischer Migranten träumt, versuchten islamische Studenten, ihre religiösen Vorstellungen auf dem Campus der Universität Hamburg durchzusetzen. Da dies zu massiven Konflikten führte, sah sich die Hochschulleitung dazu veranlasst, einen Verhaltenskodex ins Leben zu rufen. Ihm zufolge müssen islamische Studenten Zeugnisse nun auch von weiblichem Lehrpersonal entgegennehmen. Auch hier lehnt der Senat es ab, Ursache und Wirkung zu benennen. In einer AfD-Anfrage zu den Hintergründen erklärte er, nichts Näheres über diese zu wissen und verweigert seither weitere Auskünfte.

BUNDESTAGSWAHL

Baumann wechselt nach Berlin

Seit Oktober 2017 ist der frühere AfD-Fraktionschef in der Hamburgischen Bürgerschaft Bernd Baumann im Deutschen Bundestag. Baumann wurde von der AfD-Bundestagsfraktion zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. In der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags hielt er - historisch betrachtet - die erste Rede eines AfD-Abgeordneten und kündigte an: „Nehmen Sie zur Kenntnis: Der alte Bundestag wurde abgewählt. Nun beginnt eine neue Epoche.“

Als absehbar gewesen sei, dass die AfD in das Parlament einziehen werde, habe der alte Bundestag entschieden, nicht den ältesten, sondern den dienstältesten Abgeordneten die erste Sitzung eröffnen zu lassen. „Selbst die Presse warnte, dass dieses Manöver gegen die AfD durchsichtig sei“, sagte Baumann, der diese Regelung rückgängig machen will.

Die Regelung zum Altersvorsitz ist neu und wurde kurz vor Ablauf der letzten Legislaturperiode geändert, sonst hätte wie bisher der an Lebensjahren älteste Abgeordnete reden dürfen. Das wäre der AfD-Abgeordnete Wilhelm von Gottberg gewesen.

Baumann warf den Altparteien ein „durchsichtiges Manöver“ vor und kritisierte: „Wie groß muss die Angst vor der AfD und ihren Wählern sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen!“

AFD-FRAKTION BEANTRAGT

Aussteigertelefon für Extremisten

Ein „Aussteigertelefon“ für Rechtsextremisten gibt es bereits in Hamburg. Die AfD-Fraktion beantragte die Ausweitung auf Linksextremisten und Islamisten. Der Antrag wurde von den Altparteien abgelehnt.

Für Dirk Nockemann ist die Ablehnung unverständlich: „Spätestens nach dem G20-Gipfel und dem Messerattentat in Barmbek muss allen klar sein: Hamburg ist eine Hochburg für Linksextremisten und stellt ein Zentrum für Islamisten dar. Deshalb darf sich die telefonische Beratungsstelle nicht nur auf den Rechtsextremismus beschränken.“

Eine ausgewogene Bekämpfung von Extremismus jeglicher Couleur ist Bestandteil einer wehrhaften Demokratie. Der Grundsatz gilt für alle Extremisten: Wehret den Anfängen.“

Wolf: Mehr Gauland wagen!

Ein Gespräch mit dem neuen Fraktionschef Wolf über Gaulands »Anleitung zum Konservativsein«

Welches Buch hat Sie zuletzt am meisten beeindruckt?

Wolf: Alexander Gaulands „Anleitung zum Konservativsein“. Geschrieben 2002, aber aktueller denn je. Gauland ergänzte es im Mai 2017 – nach 15 Jahren – nur um ein kurzes Nachwort. In dem Buch fand ich vieles wieder, was mich prägte, fand aber auch immer wieder einen neuen, anderen Blick auf die Dinge als gewohnt.

Was ist das Besondere an dem Buch?

Wolf: Der heutige Fraktionschef der AfD im Bundestag definierte hier einen zeitgemäßen Konservatismus: Konservativ denken bedeutet, nicht festzuhalten, was gestern war, sondern aus dem zu leben, was immer gilt.

Woher kommt dieses Denken?

Wolf: Ausgangspunkt für Gauland ist Edmund Burke und sein realistisches Menschenbild. Burke analysierte schonungslos die Irrwege der Französischen Revolution. Daraus ergibt sich für ihn: Statt der großen Würfe seien maßvolle Reformen viel menschlicher. Die Freiheit des Einzelnen solle durch Institutionen gesichert werden. Wer verändern wolle, trage die Beweislast.

Was soll uns das heute sagen?

Wolf: Dem gesunden Menschenverstand der vielen Bürger eine Stimme zu geben und sich nicht von der angeblichen Alternativlosigkeit herrschender Politik überwältigen zu lassen. Beispiel Einwanderung: Der realistische Konservative sagt, Zuwanderung müsse ihre Grenzen haben, sonst werde die „kulturelle Verdauungsfähigkeit einer Gesellschaft“ überfordert.

Was ist für Gauland die Hauptgefahr?

Wolf: Die Herausforderung ist für ihn heute die Eine-Welt-Ideologie, der Traum einer durch die Globalisierung wiedervereinigten Menschheit. Die Gefahr liegt darin, dass der einzelne alleingelassen wird, sich hier eine Wolfsge-sellschaft

ohne Werte und Normen bildet.

Und was bietet Gauland an?

Wolf: Gegenüber diesen Kräften sieht er die Notwendigkeit, sich für „konservative Gegenwelten“ einzusetzen, für Familie, Heimat und Nation. Die Bewahrung von Traditionen und Institutionen, die den Menschen stützen und ihm Halt geben.

Was heißt das konkret? Welche Schlussfolgerungen empfiehlt Gauland?

Wolf: Beispiel Islam – hier schreibt Gauland kurz nach dem 11. September 2001: „Die Auseinandersetzung mit dem Terror wird nicht allein mit mehr Sicherheit und besserer Ausrüstung zu führen sein, sie bedarf des geistigen Rüstzeugs von zweitausend Jahren abendländischer Kulturtradition.“

Und heute?

Wolf: In seinem 2017 geschriebenen Nachwort ergänzt er: „Immer mehr Menschen wollten die Zerstörung von Volk und Staat nicht hinnehmen (...). Meistens sind es einfache Bürger, die gegen die Eliten aufbegehren, weil sie ihr Land, ihre Geschichte und ihre Traditionen behalten wollen und Kirchglocken dem Muezzinruf vorziehen.“

Die Menschen wollen die durch die Masseneinwanderung gefährdeten Traditionen bewahren.

Und was sagt Gauland zu der Erinnerungskultur im Deutschland von heute?

Wolf: Er spricht von einem „deutschen Sonderweg“. Und betont am Ende seines Buches: „Nur wenn ein Volk fest in seiner Geschichte verankert ist und nicht von immer neuen Selbstzweifeln überwältigt wird, kann es seine Zukunft meistern.“

SCHULPOLITIK

Irrweg Inklusion

Immer dann, wenn rot-grüne Politiker auf die Schule zu sprechen kommen, fällt das Schlagwort „Inklusion“. Das klingt zunächst schön: Teilhabe für alle, ein Recht für alle und auf alles. Nicht nur gleiche Startchancen für alle – das wollen wir alle, und das ist gut, sondern es sollen auch alle auf die gleiche Schule gehen – und das ist nicht gut. Inklusion soll jetzt auch noch verstärkt auf die Gymnasien ausgedehnt werden. Die Primarschule lässt grüßen.

Unter dem Schlagwort „Inklusion“ wird seit Jahren zum Generalangriff auf die bewährten deutschen Sonder- und Förderschulen geblasen. Die Befürworter der Inklusion, die diesen Begriff so gern im Munde führen, berufen sich stets auf die UN-Behindertenrechtskonvention. Diese Konvention fordert jedoch keineswegs – anders als uns weisgemacht wird – die Einheitsschule für alle. Sie sagt lediglich, dass allen Menschen mit besonderem Förderbedarf geeignete Schulen zur Verfügung stehen sollen – das, was seit Jahr und Tag in Hamburg wie in ganz Deutschland ohnehin der Fall ist.

So sehen dies auch einige konservativ regierte Bundesländer wie Bayern und Sachsen, die vollkommen zu Recht keinen Anlass sehen, von dem bewährten System abzugehen.

Anders hingegen in Hamburg, wo man unter dem Schlagwort „Inklusion“ wieder einmal zum Angriff auf das gegliederte Schulsystem ansetzt. Das Fernziel ist immer das Gleiche, die Einheitsschule für alle, denn alle Menschen sind ja gleich, und Abitur für alle ist ein Menschenrecht.

Das Schlimme ist, dass die Wirklichkeit anders aussieht und keinem der Beteiligten ist damit gedient, im Gegenteil: Viele der benachteiligten Schüler erhalten auf den Schulen nicht die individuelle Förderung, die sie gewohnt sind und verdienen – und bekommen täglich ihre Behinderung vor Augen geführt. Die von allen Seiten geforderte individuelle Förderung wird weder den leistungsstarken noch den leistungsschwachen Kindern gerecht.

Und die Lehrer werden meist überfordert und alleingelassen, weil sie mit dieser Situation unvorbereitet konfrontiert werden, für die sie nicht ausgebildet wurden, auch wenn ihnen Sonderpädagogen zur Seite gestellt werden.

Das rot-grüne Allheilmittel lautet, Probleme mit viel Geld zukleistern. Gegen die Wirklichkeit aber lässt sich auch mit viel Geld nicht vernünftig regieren. Deshalb: Schluss mit der Inklusion mit der Brechstange!



Für Sicherheit, Recht und Ordnung!

Ein Interview mit dem AfD-Innenpolitiker und Innensenator a.D. Dirk Nockemann

Herr Nockemann, Sie sitzen als innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion zusätzlich im G20-Sonderausschuss. Wie ist der Stand der Dinge?

Nockemann: Auch viele Monate nach der linksextremen G20-Gewaltspirale sind noch zahlreiche Fragen offen. Eine wesentliche Frage bleibt: Wie geht es mit der durch den Steuerzahler mitfinanzierten Roten Flora weiter? SPD und Grüne haben dazu keine klare Position und es ist zu befürchten, dass die Rote Flora ungeschoren davonkommt. Bürgermeister Olaf Scholz sollte sich an seine starken Worte im Juli 2017 erinnern, als er eine grundlegende Kursänderung in Sachen Rote Flora und Linksextremismus ankündigte.

Die CDU haut mächtig auf die Pauke und fordert die sofortige Schließung. Trotzdem lehnte sie den AfD-Antrag nach einer Ortsbegehung unverständlicherweise ab.

Zudem ist eine hohe Zahl von Straftätern noch nicht identifiziert. Die kurz nach dem Gipfel gegründete Soko „Schwarzer Block“ leitete mehr als 3300 Ermittlungsvorgänge ein. Kürzlich erlaubten Amtsrichter die öffentliche Fahndung nach einer Vielzahl von Verdächtigen. Die Hamburger Polizei stellte auf dieser Grundlage ca. 100 Fotos von an kriminellen Handlungen beteiligten bislang unbekannt Personen ins Internet. Die Linksfraktion kritisiert das Vorgehen der Polizei als verantwortungslos. Wir als AfD-Fraktion weisen die Kritik der Linksfraktion an dieser polizeilichen Maßnahme als völlig unverständlich und überzogen zurück. Niemand, der Polizisten angegriffen, der geplündert und gebrandschatzt hat, darf sich zukünftig sicher fühlen. Nur dann, wenn alle Täter identifiziert und verurteilt worden sind, werden künftige Täter von der Begehung ähnlicher Taten abgeschreckt.

Abgesehen vom G20-Gewaltexzess gibt es immer mehr Angriffe auf Rettungskräfte und Polizisten. Was hat die AfD-Fraktion hier unternommen?

Nockemann: Wegen der zunehmenden brutalen Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte, insbesondere in der Silvesternacht zum Jahreswechsel 2018, fordert sogar der SPD-Bundesjustizminister Heiko Maas härtere Strafen. Seltsam daran ist, dass ich bereits im Mai 2015 einen entsprechenden Antrag, mit dem der Senat aufgefordert wurde, über den Bundesrat in derartigen Fällen auf eine Strafverschärfung hinzuwirken, in die Bürgerschaft eingebracht habe. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt.

„Die AfD-Fraktion kämpft dafür, dass unsere Polizeibeamten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte durch schärfere Strafandrohungen vor gewalttätigen Kriminellen geschützt werden.“

DIRK NOCKEMANN

Bundesweit wird immer wieder über eine Kennzeichnungspflicht von Polizisten diskutiert, einige Bundesländer haben diese bereits eingeführt. Wie ist der Stand in Hamburg?

Nockemann: In Hamburg gibt es derzeit keine individuelle Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizisten im Einsatz. Die AfD-Fraktion wird diese Position auch zukünftig unbeirrt gegen die aktuellen Änderungsversuche politisch interessierter Kreise verteidigen. Denn bei einer Demonstration mit gewaltbereiten Teilnehmern würden sich die Polizisten im Fall einer Kennzeichnungspflicht vermutlich eher zurückhaltend verhalten, weil sie nicht in Kauf nehmen wollen, dass sie grundlos für etwas beschuldigt werden. Außerdem haben wir noch das widerwärtige Verhalten in Erinnerung, dass kürzlich

zahlreiche Fotos von Polizeibeamten mit voller Adresse durch Linksextremisten ins Netz gestellt worden sind mit der Anmerkung, Gewalt gegen diese Polizisten sei gerechtfertigt. Derartige kriminelle Aktivitäten würden massiv zunehmen, wenn sich Bereitschaftspolizisten individuell kennzeichnen müssten. Im Übrigen geht die Gewalt - wie auch beim G20-Gipfel - nicht von der Polizei aus, sondern von den Krawalldemonstranten. Richtig ist, dass zum rechtsstaatlichen Handeln auch dessen unbedingte Überprüfbarkeit gehört. Geht von staatlichen Bediensteten unrechtmäßiges Handeln aus, so muss dieses auch sanktionierbar sein. Fakt ist aber auch, dass es in Hamburg bislang keine rechtswidrigen Übergriffe von Polizeibeamten gab.

Kommen wir zur Migrationskrise. Es kommt immer wieder vor, dass sich Migranten als minderjährig ausgeben, obwohl sie es gar nicht sind?

Nockemann: Ja, genau, denn damit erkaufen sie sich ganz viele Privilegien. Und der deutsche Staat wird für dumm verkauft. Damit muss Schluss sein. Die AfD-Fraktion wird sich gemeinsam mit der AfD-Bundestagsfraktion für eine bundeseinheitlich verpflichtende Altersfeststellung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen einsetzen. Dies ist deshalb wichtig, weil sich nachweislich ein sehr hoher Prozentsatz dieser Personengruppe fälschlicherweise als minderjährig ausgibt, um strafrechtlichen Konsequenzen zu entgehen und um stärkeren Schutz vor Abschiebungen zu erhalten. Außerdem sind die Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit fast 5.500 Euro pro Monat um ein Vielfaches höher als bei erwachsenen Flüchtlingen.



Reden und Denken

Ein Kommentar des AfD-Fraktionschefs Jörn Kruse

Ich war in den letzten drei Jahren als Fraktionsvorsitzender der AfD bei unzähligen Veranstaltungen (außerhalb der Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen) im Rathaus und anderen Hamburger Lokationen und habe zahlreichen Reden gelauscht. Diese waren teils durchaus hörens- und nachdenkenswert, teils auch eher langweilig.

Viele hatten Redeteile gemeinsam, die man etwa so beschreiben kann: Zuerst wurden die Werte und Errungenschaften der europäischen Kultur in ihrer ganzen Vielfalt gefeiert und noch mehr die Vorteile von Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit. Dabei nickte ich dann innerlich zustimmend.

Dann wurde sorgenvoll geklagt, dass diese Werte nun bedroht und die Welt aus den Fugen geraten sei. Als Belege wurden Donald Trump und der Brexit angeführt sowie vor allem die Wahlerfolge von „Demokratiefeinden“, das heißt von missliebigen Parteien in Österreich, Deutschland, Dänemark. Und, „auweia“, was in den Niederlanden und in Frankreich gerade noch einmal gut gegangen sei. Den Rechtspopulisten müsse man energisch entgegentreten. Und dann wurde die EU gelobt und als Hoffnungsträger gefeiert. Nichts ist in Europa so vielfaltsfeindlich wie die Brüsseler Bürokratie. Hätte es die EU schon vor 300 Jahren gegeben, wäre Europa jetzt ein langweiliger Zentralstaat und nicht die prickelnde Vielfalt, die wir heute haben.

Ich fragte mich dann manchmal, ob bei beiden Passagen noch die gleichen Redner am Pult standen bzw. ob ihnen die Widersprüche nicht aufgefallen sind.

Inhaltlich finde ich sowohl den Brexit hochproblematisch als auch den Wahlsieg von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten. Aber beide Male waren es die demokratischen Mehrheitsentscheidungen des britischen bzw. des amerikanischen Volkes. In beiden Fällen setzten sich die sonst vielbeschworenen „einfachen Leute“ gegen die dominierenden mächtigen Eliten durch, ganz überraschend auch für die hochnäsigen Meinungsforscher, deren Geschäftsmodell und Methodik jetzt ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Die Ergebnisse zeigen gerade, dass die Demokratie funktioniert.

Und worin besteht die Gefahr

für die Demokratie, wenn neue Parteien, denen die etablierten Medien und Parteien aus durchsichtigen Motiven das Etikett „rechtspopulistisch“ aufkleben, die Stimmen für sich gewinnen, die die anderen Parteien vorher vergrault haben? In aller Regel ist dadurch auch die Wahlbeteiligung erhöht worden, was ein Dienst an der demokratischen Partizipation ist.

In Deutschland ist die Migrationskrise ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn die Regierung und die gesamte „Politische Klasse“ an den Sorgen großer Teile der Bevölkerung vorbeiregert und diese auch noch abqualifiziert. Wo war die demokratische Legitimation einer aberwitzigen Grenzöffnung nicht nur für „echte Flüchtlinge“, sondern auch für arabische und afrikanische Wirtschaftsmigranten und Asylbetrüger (falsche Identität, weggeworfene Pässe, falsche Altersangaben)? Wo war die Opposition, die eigentlich die Regierung kontrollieren und kritisieren soll? Es gab keine. Linke und Grüne waren bei dem Thema noch schlimmer als die Regierung. Klar, dass die Bürger sich Alternativen auf dem Stimmtzettel suchen und finden, zum Beispiel die Alternative für Deutschland.

Demokratie und Meinungsfreiheit leben auch und gerade vom Widerspruch. Wie heißt es so schön: Wenn alle eine Meinung haben, brauchen wir eine zweite (und dritte und vierte). Man muss die Meinung

des anderen nicht teilen, vielleicht sollte man sich mit dem anderen heftig streiten (verbal, versteht sich), aber man muss sie mindestens dulden und darf sie nicht verbieten. Wann zuletzt, vor Justizminister Heiko Maas, ist in Deutschland ein Zensurgesetz erlassen worden, das die Meinungsfreiheit derartig einschränkt wie sein „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“? Fragen wir lieber

nicht nach. Es wird nur zu finsternen Gedanken führen.

ABSCHIEBEHEMMNISSE

Amtsärztliches Gutachten gefordert

Ausreisepflichtige Ausländer geben zur Verhinderung ihrer Abschiebung oftmals Krankheiten an, deren Vorliegen ärztlich attestiert wird. Nicht selten ergeben sich Zweifel an der Objektivität oder zumindest der Vergleichbarkeit der Bescheinigungen. In diesem Zusammenhang ist von „Gefälligkeitsattesten“ die Rede.

Um sicherzustellen, dass wirklich nur bei tatsächlichem Vorliegen einer ernsthaften Erkrankung eine Abschiebung ausgesetzt wird, beantragte die AfD-Fraktion, dass sich der Senat auf Bundesebene für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes einsetzen soll und bei Abschiebehemmnissen aus gesundheitlichen Gründen eine amtsärztliche Bestätigung der Krankheitsgründe vorzulegen ist (Drucksache 21/10910). Der Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

Für den innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann ist es skandalös, dass sich der Staat auf der Nase herumtanzen lässt: „Die Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Migranten ist für den Staat wichtig und für die Betroffenen einschneidend. Eine solche Entscheidung darf nicht aufgrund unüberprüfter Kriterien ergehen, Gefälligkeitsatteste müssen ausgeschlossen werden. Diejenigen, die wirklich krank sind, müssen angemessen behandelt und im notwendigen Fall bis zu ihrer Genesung geduldet werden, aber die ausreisepflichtigen Ausländer müssen das Land sofort verlassen.“

GRUNDSTEUER

Wohnen darf nicht teurer werden

Viel spricht dafür, dass das Bundesverfassungsgericht die Grundsteuer für verfassungswidrig erklären wird. Die Einheitswerte auf Basis des Jahres 1964 im Westen und des Jahres 1935 im Osten führen zu ungleichmäßigen Besteuerungen.

Ein Gesetzesentwurf zur Reformierung der Grundsteuer wurde im November 2016 vom Bundesrat beschlossen und dem Bundestag zugeleitet. Dieser Entwurf würde das Wohnen für Mieter und selbstnutzenden Eigentümern teurer machen. Eine neue Idee wäre es, die Grundsteuer nach der Wohnfläche zu bemessen.

Die finanzpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Andrea Oelschläger begrüßt diesen Vorschlag: „Die AfD-Fraktion wird alles tun, damit Wohnen in Hamburg nicht noch teurer wird. Eine aufkommensneutrale Grundsteuer ist für uns das Ziel.“



Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

+++

Hamburger Morgenpost (31.01.2018): **Nach G20-Chaos: Was ist jetzt mit der Roten Flora, Herr Scholz?**

Die AfD brachte das linke Kulturzentrum am Mittwoch auf die Tagesordnung der Bürgerschaft. Dirk Nockemann (AfD) erinnerte daran, dass Scholz 2020 nicht mehr über die Flora reden, das Thema vorher abgehakt haben wolle (...). „Noch immer gibt es keine klare Linie des Senats, wie mit dem Schandfleck Rote Flora, Kommandozentrale der linken Szene, verfahren werden soll“, so Nockemann.

+++

Bild (28.01.2018): **Rathaus intern**

„Wir können hier auch das Licht ausmachen und nach Hause gehen.“ AfD-Mann Dirk Nockemann über die inhaltsleeren Aussagen im G20-Sonderausschuss.

+++

Hamburger Abendblatt (24.01.2018): **AfD kritisiert Zuwendungen an Parteistiftungen**

„Die links-grüne Ideologie scheint der Stadt Hamburg besonders förderungswürdig zu sein, fast 150.000 Euro muss der Steuerzahler dafür berappen“, sagte AfD-Fraktionschef Wolf und forderte: „Es wird Zeit, dass die üppige Alimentierung der Parteistiftungen beschränkt wird. Zudem muss Transparenz hergestellt werden, denn niemand weiß so recht, was genau mit den Geldern passiert.“

+++

Hamburger Abendblatt (24.01.2018): **HSV: Antrag auf Ausschluss von AfD-Mitgliedern**

Alexander Wolf, Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft und bekennender HSV-Fan, reagierte empört: „Der Vorgang ist skandalös. Es ist ein seltsames Demokratieverständnis, wenn man Mitglieder der drittstärksten Partei im Deutschen Bundestag stigmatisieren und ausgrenzen will.“

+++

Hamburger Abendblatt (18.01.18): **Rote Ferraris, grüne Verkehrspolitik**

AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht wies darauf hin, dass der Verkehr auf großen Straßen „fließen, nicht kriechen“ müsse. Es sei ja gerade der Sinn der Hauptstraßen, Verkehr zu bündeln, damit der nicht durch Wohngebiete fließe.

+++

Die Welt (10.01.2018): **Gewerkschaft gegen Flora-Schließung**

Für die AfD gibt es auch keine Alternati-

ve zu einer Schließung. Der innenpolitische Sprecher der Hamburger AfD-Fraktion, Dirk Nockemann, teilte am Dienstag mit: „Die Rote Flora muss geschlossen werden. (...) Linksextremisten müssen isoliert und nicht integriert werden.“

+++

Hamburger Abendblatt (02.01.2018): **Was der Senat über die Rote Flora weiß – und was nicht**

Nockemann ist, wie etliche andere Oppositionspolitiker, verärgert über diese Informationspolitik: „Diese in allen Bereichen nichtssagende Antwort des Senats auf meine Anfrage ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, sondern sie macht die ganze Rat- und Mutlosigkeit von Bürgermeister Scholz in Bezug auf das weitere Verfahren im Umgang mit der Roten Flora deutlich.“

+++

Hamburger Abendblatt (21.12.2017): **Im 13. Versuch: AfD-Abgeordneter in Gremium gewählt**

Einer der kuriosesten Vorgänge in der Hamburgischen Bürgerschaft hat ein vorläufiges Ende gefunden. (...) Umso erfreuter zeigte sich die Partei, dass die Wahl nun regulär klappte: „In Zukunft, das bekräftigt diese Wahl, führt an der AfD als gewichtige politische Kraft in Hamburg kein Weg mehr vorbei“, sagte der Landesvorsitzende Dirk Nockemann. Fraktionschef Alexander Wolf sagte, er glaube, dass sich „eine gewisse Beharrlichkeit“ und der Gang zum Gericht ausgezahlt habe. Außerdem beobachte er ein Umdenken: „Die anderen Fraktionen akzeptieren langsam, dass man die AfD nicht ausgrenzen kann.“

+++

Hamburger Abendblatt (15.12.2017): **AfD in Hamburg: Ditib muss sich von Ankara distanzieren**

„Ditib wird kontrolliert und beaufsichtigt durch die türkische Regierung. Damit sitzt in Hamburg indirekt ein autokratischer Herrscher wie (Präsident Recep Tayyip) Erdogan mit am Verhandlungstisch. Das macht unsere Demokratie vollkommen unglaubwürdig“ erklärte AfD-Fraktionschef Jörn Kruse am Freitag.

+++

Hamburger Abendblatt (22.11.17): **Hefige Vorwürfe gegen die FDP – und gegen die SPD**

AfD-Fraktionschef Alexander Wolf sprach von einer historischen Zäsur: Erstmals sei es den „Altparteien“ nicht gelungen, eine Regierung zu bilden.

AFD-FRAKTION IM DIALOG

Garantiert volles Rathaus

„Fraktion im Dialog“ heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. In der Regel einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Informationen gibt es aus erster Hand.

Der frühere tschechische Präsident Václav Klaus war ebenso zu Gast wie der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein. Zudem folgten der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß und der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill der Einladung der AfD-Fraktion. Aber auch bekannte AfD-Politiker wie Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Prof. Dr. Jörg Meuthen und Albrecht Glaser traten auf.



Der hessische AfD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser neben Dirk Nockemann (links) und Alexander Wolf (rechts)

Termine

AfD-„Fraktion im Dialog“ im Hamburger Rathaus:

Freitag, 09. März

Montag, 19. März

Montag, 16. April

Samstag, 28. April (18 Uhr)

Dienstag, 22. Mai

Montag, 18. Juni

Montag, 27. August

Montag, 17. September

Montag, 22. Oktober

Montag, 19. November

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr.

Anmelden unter:

afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de
oder unter 040 / 428 31 2518

Unsere Neuen in der Bürgerschaft

Ein Interview mit den Abgeordneten Peter Lorkowski und Harald Feineis

Nach Bernd Baumanns Wahl in den Deutschen Bundestag rückte Peter Lorkowski am 24. Oktober 2017 in die Bürgerschaft nach. Durch Joachim Körners Mandatsniederlegung rückte Harald Feineis zum 1. Januar 2018 nach.

Ein Doppelinterview mit den neuen Bürgerschaftsabgeordneten:

Fast drei Jahre liegt die Bürgerschaftswahl zurück. Haben Sie beide noch mit einem Nachrückten ins Parlament gerechnet?

Lorkowski: Aufgrund der Listenplatzierung war die Wahrscheinlichkeit relativ hoch, aber wirklich gerechnet habe ich damit nicht mehr.

Feineis: Nein, wirklich nicht. Für mich war das Thema abgehakt.

Warum sind Sie in die AfD eingetreten?

Lorkowski: Rechtsstaatlichkeit und Innere Sicherheit, das sind die Themen, die mich schon lange Zeit beschäftigen. In der AfD wird beides entsprechend wichtig gesehen. Das war der Hauptgrund für meinen damaligen Eintritt.

Feineis: Als politisch ursprünglich nicht stark interessierter Mensch erkannte ich vor einigen Jahren starke Veränderungen in der politischen Szene in Deutschland. Das weckte mein Interesse für Politik. Ich fühlte mich allerdings von keiner der Altparteien vertreten. Im Gegenteil, ich sah, dass die politische Landschaft in Deutschland sehr linkslastig geworden war. Ein solches Ungleichgewicht ist ungesund und als sich mit der AfD eine Opposition bildete, wollte ich mitmachen. Deshalb bin ich der AfD beigetreten. Ich bin davon überzeugt, dass es wichtig ist, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen, wenn man etwas verändern möchte. Und da die AfD von Beginn an viele meiner Ansichten vertritt, möchte ich auch persönlich dazu beitragen, dass ideologiefreie Veränderungen im Bezirk, der Stadt oder auf der großen Bühne in Brüssel oder Berlin geschehen können.

Haben Sie ein politisches Vorbild?

Lorkowski: Meine Eltern und ihre Einstellung zum Leben. „Tue Recht und scheue niemanden“ – das ist der Wahlspruch, nach



Setzen sich für die Interessen der Bürger ein: Harald Feineis (links) und Peter Lorkowski (rechts)

dem sie gehandelt haben. Und genau das versuche ich auch.

Feineis: Eigentlich schon immer Helmut Schmidt. Ich mochte seine Reden im Bonner Bundestag. Wenn er sich beispielsweise mit Franz-Josef Strauß stritt, das hatte Biss und Niveau, denn ihm ging es immer um die Sache.

Welche Schwerpunkte wollen Sie in der Bürgerschaft setzen?

Lorkowski: Die Politik für den ganz normalen Bürger gerät immer mehr in den Hintergrund. Dagegen will ich wieder die Themen in den Fokus rücken, die dem Bürger wirklich unter den Nägeln brennen: Innere Sicherheit und eine Verkehrspolitik, die dem Individualverkehr den Stellenwert einräumt, die sich der Bürger wünscht.

Feineis: In meinen Ausschüssen „Familie“, „Arbeit und Soziales“ und „Gesundheit“ will ich mich gern einbringen. Auch die Arbeit in der Enquete-Kommission ist mir wichtig, denn hier werden Themen überparteilich behandelt und gemeinsam Handlungsstrategien erarbeitet, die dann in die Politik einfließen.

Wo sehen sie die drängendsten Probleme in der Elbmetropole?

Lorkowski: Da gibt es so einige, aber das Dringendste ist sicherlich das langsame Entgleiten der Inneren Sicherheit. Die Kravalle beim G20-Gipfel und insbesondere die Reaktionen darauf haben gezeigt, dass der rot-grüne Senat nicht ernsthaft an einer Aufklärung der Vorgänge und der Verbesserung der Inneren Sicherheit interessiert ist. Hamburg muss handeln, aber dringend!

Feineis: Für die Sicherheit unserer Bürger muss mehr getan werden. Außerdem fehlen bezahlbare Wohnungen, hier gilt es, vermehrt entgegenzusteuern. Die Sauberkeit der Stadt lässt zu wünschen übrig. Ebenfalls sind diejenigen, die nach dem Asylgesetz abgeschoben werden müssten, abzuschieben. Wozu gibt es Gesetze? Das würde zumindest auch die Wohnsituation entschärfen.

Was sind Ihre Wünsche für die Zukunft unserer Hansestadt?

Lorkowski: Hamburg soll mit meinem Bezirk Harburg weiterhin die erfolgreiche und schöne Stadt bleiben, die sie immer war. Mit einem Wort: Heimat.

Feineis: Ich mag Hamburg sehr und wünsche uns allen, dass unsere Stadt liebens- und lebenswert bleibt und - im positiven Sinne - weltoffen.

ZUR PERSON

Peter-Paul Lorkowski

ist Mitbegründer der AfD in Hamburg-Harburg (2013). Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Lehre zum Schmied und Bauschlosser. Im Oktober

1969 gründete er seine eigene Firma, die Bauschlosserei P. & M. Lorkowski GmbH.

Harald Feineis

ist Mitbegründer der AfD in Hamburg-Harburg (2013). Er war ab 1974 in Südafrika, Simbabwe und Saudi-Arabien

u.a. als Projektleiter auf Großbaustellen tätig. 1984, zurück in Deutschland, findet er den Glauben an Jesus Christus. Nach einem Studium der evangelischen Theologie ist er seit 1991 als Pastor, Seelsorger und Gemeindeleiter tätig, heute freiberuflich. Ebenfalls 16 Jahre parallel in der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung.



Dr. Alexander Wolf

FRAKTIONSVORSITZENDER

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Hamburg, meine Perle!

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? Arnold Gehlen „Moral und Hypermoral“, Carl Schmitt „Der Begriff des Politischen“, Otto von Bismarck „Gedanken und Erinnerungen“.

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN? Das geistige Klima! Dinge wieder angehen mit gesundem Menschenverstand und mit Augenmaß statt Gendersprache und Political Correctness.

SCHWERPUNKTE: Bildung/Schule, Einwanderungspolitik, Europa und Außenpolitik

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ alexander.wolf@afd-hamburg.de



Prof. Dr. Jörn Kruse

FRAKTIONSVORSITZENDER

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Das ist dort, wo man schon länger wohnt und sich zugehörig und sicher fühlt.

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? Ein einzelnes Buch möchte ich nicht nennen.

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN? Ich wünsche mir, dass Hamburg als weltoffene Stadt wieder alle Meinungen respektiert und nicht die unerwünschten Meinungen aus politischem Opportunismus ausgrenzt und diffamiert. Schade, dass man sich das heute wieder wünschen muss.

SCHWERPUNKTE: Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verfassung, Islam

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ joern.kruse@afd-hamburg.de



Detlef Ehlebracht

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Heimat ist Geborgenheit, Zugehörigkeit, Liebe, Sicherheit, Werte, Kultur. Hier gehöre ich her!

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? Als Kind „Damals war es Friedrich“ von Hans Peter Richter. Als Jugendlicher „Narziß und Goldmund“ und „Siddhartha“ von Hermann Hesse. Und heute? Kann ich erst in zehn Jahren sagen.

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN?

Für ein gesundes Wachstum unserer Stadt wünsche ich mir eine Stadtentwicklung mit Augenmaß über die Stadtgrenzen hinaus und einem begleitenden Ausbau des S- und U-Bahnnetzes.

SCHWERPUNKTE: Verkehr und Stadtentwicklung

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 23 53 ✉ detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de



Dirk Nockemann

STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Geborgenheit, Vertrautheit, Sicherheit - Heimat ist da, wo man sich zu Hause fühlt.

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? „Clash of Civilizations“ von Huntington

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN? Hamburg muss sicherer und sauberer werden. Daneben muss Schluss gemacht werden mit der Dämonisierung der Autofahrer. Dem teilweise intoleranten linksalternativen Zeitgeist muss endlich eine konservative Alternative gegenübergestellt werden.

SCHWERPUNKTE: Sicherheit, Justiz

KONTAKT: ☎ 040 428 31 - 25 18 ✉ dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Andrea Oelschläger

MITGLIED DER FRAKTION

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Heimat ist für mich mehr ein Gefühl als ein Ort: Sicherheit, Vertrautheit, verstanden werden und so sein zu können, wie ich bin.

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? Das deutsche Grundgesetz

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN? Ich möchte weniger verändern als viel mehr ein lebens- und liebenswertes Hamburg erhalten.

SCHWERPUNKTE: Steuern und Finanzen, Umwelt und Energie

KONTAKT: ☎ 0152 03 25 59 70 ✉ andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de



Harald Feineis

MITGLIED DER FRAKTION

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE? Hier ist mein zu Hause. Ich weiß, wo ich hingehöre und es gibt mir Geborgenheit.

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST? Das Buch der Bücher: Die Bibel, speziell das Neue Testament.

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN? Mehr Sicherheit für Alt und Jung. Langzeitarbeitslosigkeit verringern. Dem linken, oft intoleranten „Zeitgeist“ eine bürgerlich, konservative Meinung entgegensetzen.

SCHWERPUNKTE: Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Kinder, Enquete-Kommission

KONTAKT: ☎ 0152 292 08 639 ✉ harald.feineis@afd-hamburg.de



Peter Lorkowski

MITGLIED DER FRAKTION

WAS BEDEUTET HEIMAT FÜR SIE?

Heimat, das ist mein Bezirk Harburg. Hier bin ich zu Hause und kenne die Menschen.

WELCHES BUCH HAT SIE AM MEISTEN BEEINFLUSST?

Die Begegnung mit Menschen beeinflusst mich – ein spezielles Buch nicht.

WAS MÖCHTEN SIE IN HAMBURG VERÄNDERN?

Die Innere Sicherheit muss verbessert werden. Aber auch die städtische Infrastruktur muss in einen ordentlichen Zustand gebracht werden.

SCHWERPUNKTE: Wirtschaft, Eingabenausschuss, Härtefallkommission, Sportausschuss

KONTAKT: ☎ 040 428 31 - 25 18 ✉ peter.lorkowski@afd-hamburg.de

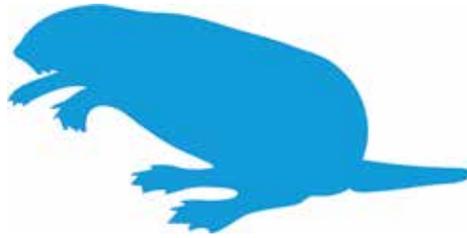
Zahlen statt Worte



5.608

AUSLÄNDER wurden 2017 in Hamburg **EINGEBÜRGERT**. Die meisten kamen aus Afghanistan (813), der Türkei (499), Polen (409) und dem Iran (355).

Quelle: Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt



5-7

BIBERREVIERE gibt es an Hamburgs **ELBE**.

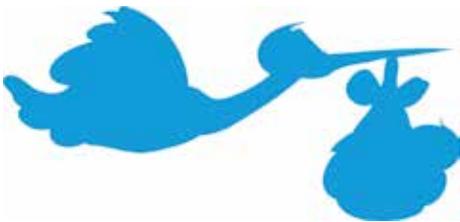
Quelle: Atlas der Säugetiere Hamburgs



92.000

Euro Förderung erhielt 2017 die Stiftung der Grünen „**UMDENKEN-HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG HAMBURG**“. Danach die „**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**“ der Linken mit stolzen 47.000 Euro. Die CDU-nahe „**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG**“ und die SPD-nahe „**FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG**“ sind mit ca. 37.000 Euro dabei. Die FDP-nahe „**FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG**“ erhielt 27.000 Euro Förderung.

Quelle: Anfrage von Alexander Wolf (AfD) (Drucksache 21/11518)



25.529

KINDER kamen 2017 in den Geburtskliniken und Geburtshäusern in Hamburg **ZUR WELT**.

Quelle: Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz



314

ASYLBEWERBER wurden 2017 hinsichtlich einer **FREIWILLIGEN RÜCKKEHR** in ihre Heimat beraten.

55

sind im Dezember 2017 tatsächlich ausgereist. Der Staat fördert die Rückkehrhilfen mit bis zu

6.000

Euro.
Quelle: Anfrage von Kacim Abaci (SPD) (Drucksache 21/11580)



5.100

FLÜCHTLINGE werden 2018 in Hamburg erwartet. Davon sind

3.600

sogenannte Neuzugänge und rund

1.500

Personen für Familienzusammenführung berücksichtigt.

Quelle: Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge



44.624

ABOS und **EINZELVERKÄUFE** hatte die **MORGENPOST** („**MOPO**“) Ende 2017 nur noch. Damit verlor sie seit Anfang 2000 mehr als 50 Prozent.

Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern



553

INTENSIVTÄTER waren im Oktober 2017 bei der Polizei in Hamburg registriert.

Quelle: Anfrage von Jörn Kruse (AfD) (Drucksache 21/10539)

Israel als Vorbild?! Israel leidet auch unter illegaler Einwanderung

Mitte Januar debattierte die Bürgerschaft über den Israel-Boycott der internationalen Bewegung „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Das weltweite Netzwerk ruft seit über zehn Jahren dazu auf, den Staat Israel zu diskreditieren und zu isolieren. Die Bürgerschaft war einhellig der Meinung, dass es in Hamburg keinen Platz für Antisemitismus geben darf.

Schaut man nach Israel, dann sieht man viele Parallelen zu Deutschland. Denn auch Israel leidet massiv unter den illegalen Einwanderern aus Afrika. Durch eine ehemals relativ offene Grenze zu Ägypten sind über den Sinai zahlreiche schwarzafrikanische, fast ausschließlich männliche und alleinstehende Eindringlinge, wie sie in Israel durchweg genannt werden („infiltrators“), ins Land gekommen. Sie versuchen, sich in Israel festzusetzen, obwohl sie nichts mit dem Judentum verbindet.

Im südlichen Stadtteil Hatikva von Tel Aviv konzentrieren sich die nicht willkommenen Illegalen und verschaffen der eigentlich westlich-modernen Stadt nicht nur ein unerwartetes afrikanisches Flair, sondern leider auch Kriminalität und hier speziell Sexualdelikte. Israel hat ebenfalls seine Schwierigkeiten Illegalen wieder abzuschieben, da auch in Israel linke und linksextreme Organisationen - häufig von ausländischen Regierungen bis vor kurzem

überwiegend verdeckt finanziert - aktiv sind.

Nach einigem Hin und Her mit allen möglichen Pro-Einwanderungs-Nichtregierungsorganisationen und anderen Linksradikalen hat sich nun die israelische Regierung über ihren Innen- und den Sicherheitsminister entschlossen, ein Rückführungsprogramm durchzusetzen: ein Abkommen mit Ruanda und eines mit Uganda besagt, dass freiwillig ausreisende Afrikaner dort aufgenommen werden - 5000 US-Dollar pro Kopf fließen von Israel an den aufnehmenden Staat und zusätzlich 3500 US-Dollar Taschengeld und ein Ticket obendrauf. Wer nach drei Monaten immer noch illegal in Israel ist, muss mit einer Inhaftierung rechnen.

Der Staat Israel will keine Verantwortung für illegale Wirtschaftsmigranten übernehmen, sogar die dortigen sozialdemokratischen Politiker unterstützen das Konzept. Viele derartigen Maßnahmen haben zu einer Null-Einwanderung Illegaler geführt. Dazu sagte der Premierminister Benjamin Netanjahu: „Jedes Land muss seine Grenzen schützen. Seine Landesgrenzen gegen illegales Eindringen zu schützen ist eine Verpflichtung, ein Recht und ein wesentliches Element eines souveränen Staates.“ Vielleicht könnte Israels restriktive Einwanderungspolitik ein Vorbild für Deutschland und Hamburg sein.

Wohnberechtigungsschein – mehr Schein als Sein? Ehlebracht fordert Anhebung des Wohngelds

Der Wohnberechtigungsschein, besser bekannt als Paragraf-5-Schein, suggeriert lediglich die Chance auf bezahlbaren Wohnraum. Der Grund: 400.000 Wohnscheinberechtigten stehen 80.000 geförderte Wohnungen in Hamburg gegenüber, die in der Regel belegt sind. Was nützt der Schein?

Anstelle eines nur bedingt nutzbaren Scheins benötigen die Wohnungssuchenden mit angespannten Einkommensverhältnissen finanzielle Unterstützung bei der Mietzahlung einer angemessenen Wohnung. Aber statt nicht ausreichende Einkommensverhältnisse auszugleichen, werden Wohnungen gefördert. Sind diese belegt, wohlmöglich durch Fehlbelegung, also Mietern, deren zwischenzeitliche Einkommensverbesserung

nicht mehr zum Bezug von gefördertem Wohnraum berechtigt, nützt der Paragraf-5-Schein wenig.

Weiterer Nachteil: Fällt eine geförderte Wohnung aus der Bindungsfrist, kann auch ohne Paragraf-5-Schein die Wohnung angemietet werden. Die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum wird für Geringverdiener größer.

„Dem kann nur mit einem neuen Ansatz begegnet werden, wobei das Wohngeld eine zentrale Rolle spielen könnte“, sagt der wohnungspolitische Sprecher Detlef Ehlebracht und ergänzt: „Einkommenschwache Bürger müssen unterstützt werden, aber leider fehlt den Altparteien der Mut zur Modernisierung des jetzigen Systems.“

ANTRAG IN DER BÜRGERSCHAFT DITIB muss sich von Türkei lossagen

Die AfD-Fraktion beantragte im Dezember 2017, dass der Senat mit DITIB Hamburg in Verbindung treten soll und er dafür Sorge trage, dass DITIB Hamburg unabhängig vom türkischen Staat werde. Falls die dafür erforderliche Satzungsänderung seitens der DITIB Hamburg nicht entsprochen wird, dann müsse sie aus dem Staatsvertrag ausgeschlossen werden. Der Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

Für den AfD-Fraktionschef Jörn Kruse ist klar, dass DITIB durch die türkische Regierung kontrolliert und beaufsichtigt werde. Er sagt: „Will DITIB weiterhin Verhandlungspartner sein, dann muss sie sich von Ankara lossagen und wirklich unabhängig werden. Staatsverträge können nur mit Partnern geschlossen und auch eingehalten werden, die sich auf dem Boden der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung bewegen und unseren Wertekanon nicht mit Füßen treten.“

POLITISCHE KORREKTHEIT Volk geht nicht?

Das Museum für Völkerkunde gerät ins Visier der Politischen Korrektheit und soll nach 138-jährigem Bestehen erstmals umbenannt werden. Der Vorwurf? Da steht ja „Völker“ drin. Und in Deutschland geht „Völker“ gar nicht mehr und muss verbannt werden.



Das Museum für Völkerkunde soll umbenannt werden.

Die Begründung der Direktorin Dr. Plankensteiner, die erst seit dem 1. April 2017 diesen Posten bekleidet: „Der Name ‚Museum für Völkerkunde‘ ist für viele junge Personengruppen, Kunstinteressierte und Diaspora-Gemeinschaften, kritische Intellektuelle und Künstler/-innen aus Herkunftsgesellschaften oder lokalen Diaspora-Communitys eine Barriere, da er negative Assoziationen und Emotionen hervorruft.“

Die sechsstelligen Kosten für diese Umbenennung soll natürlich der steuerzahlende Bürger aufbringen.

Die AfD-Fraktion hält diese akademische Scheindebatte für vollkommen überflüssig. Haben wir in unserer Hansestadt wirklich keine anderen Probleme?

MITMACHEN UND GEWINNEN · DAS HAMBURG-QUIZ

Abendessen zu gewinnen!

Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?
Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!
Zu gewinnen gibt es:

Drei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben Sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtigen Lösungen können Sie bequem auf unserer Website eingeben:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Mai 2018.

Es entscheidet das Los.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

1 Wie heißt das linksextreme Zentrum im Schanzenviertel?

Rote Zora | Rote Flora | Rote Karte

2 Wann wurde der Alte Elbtunnel eröffnet?

1911 | 2011 | 1956

3 Wie viele Fraktionen gibt es in der Hamburgischen Bürgerschaft?

5 | 7 | 6

Neue AfD-Fraktionsseite im Netz

Garantiert politisch unkorrekt!

Die AfD-Fraktion hat unter der Adresse www.afd-fraktion-hamburg.de eine neue Netzseite. Dort findet man jetzt noch besser und zielgerichteter die neuesten Informationen zu verschiedenen Themengebieten.

Ob Anträge, Schriftliche Kleine Anfragen, Pressemitteilungen, Reden oder Kommentare, hier finden sie alle Informationen aus erster Hand. Und das auch garantiert unzensuriert und politisch unkorrekt.

IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31-25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

💻 afd-fraktion-hamburg.de

💻 uns-hamburg.de

💻 islamspiegel-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS HAMBURG

HERAUSGEBER AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft,
Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS: Prof. Dr. Jörn Kruse

TELEFON 040/42831-2476

E-MAIL presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.

Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.